

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 10. September 2019 / Mardi après-midi, 10 septembre 2019

Finanzdirektion / Direction des finances

**71 2018.RRGR.737 Motion 277-2018 Gerber (Hinterkappelen, Grüne)
Sichere Kommunikation und Datenaustausch**

**71 2018.RRGR.737 Motion 277-2018 Gerber (Hinterkappelen, Les Verts)
Sécurité de la communication et échange des données**

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 71, das letzte in der FIN, eine Motion von Grossrat Gerber. Ich möchte jemanden bitten, ihn noch in die Rednerliste einzuloggen – jawohl, vielen Dank. Dort ist die Abschreibung bestritten. Ich gebe Grossrat Gerber das Wort.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Gratis ist nicht gleich gratis. Konventionelle Messengerdienste mögen kein Geld kosten, aber der Nutzen wird mit Daten bezahlt. Dabei geht es nicht darum, wenn man jemandem schreibt, der Zug komme etwas zu spät an, oder wenn man seiner Frau schreibt, was man noch einkaufen sollte, man sei gerade im Laden. Solche Daten sind nicht interessant. Der Nutzen ist, wer mit wem wie viel kommuniziert, in welchem Umfeld sich diese Personen bewegen, welche Hobbys sie haben und wie man sie bewerben kann. Heute ist es technisch möglich, dass in einem Sechsfamilienhaus sechs Parteien denselben Fussballmatch schauen, aber individuelle Fernsehwerbung sehen können. Das digitale Fernsehen macht das möglich, wird aber noch nicht flächendeckend angewendet. Es ist unverantwortlich, wenn Grosskonzerne riesige Profite mit dem Verkauf und der Verwertung von Daten machen, die sie weder besitzen noch erworben haben. Das trifft insbesondere stark zu, wenn es sich um Daten von Minderjährigen handelt. Daten sind die neue Währung. Deshalb muss mit Daten sehr sorgsam umgegangen werden.

Zu den einzelnen Punkten der Motion: Punkt 1: Hier kann ich die Argumente des Regierungsrates nachvollziehen und mit der Annahme und Abschreibung leben.

Beim Punkt 2 sind die meisten Argumente des Regierungsrates nachvollziehbar, bis auf eine Aussage: «In Bezug auf einige heute verwendete[n] Messengerdienste besteht ein Widerspruch zwischen ihrer Akzeptanz in der Gesellschaft und [den] datenschutzrechtlichen Vorgaben.» Und genau das ist der Kern der Motion. Es gibt heute sichere Messengerdienste, welche die datenschutzrechtlichen Vorgaben erfüllen. Ein solcher ist zum Beispiel «Threema» – ein Schweizer Produkt. Man kann ihn für 3 Franken kaufen, und das können sich auch alle leisten. Es gibt also die Alternativen. Sie müssen nicht erst entwickelt werden. Es ist also nicht eine Frage des Angebots, sondern eine Frage des Willens. Da braucht nichts mehr geprüft zu werden; die Alternative ist da.

Zum Punkt 3 – Schweizer Server: Auch in diesem Punkt gehe ich mit der Regierung mehrheitlich einig. Es ist so: Wenn ein Server in der Schweiz steht, ist das kein Garant dafür, dass die Daten auch sicher sind. Es kann auch vom Ausland darauf zugegriffen werden, und der Besitzer eines Schweizer Servers kann zum Beispiel auch in der USA sitzen. Aber – und das ist der grosse Unterschied – wir spielen hier nach unseren Gesetzen, und wir können über diejenigen Server, die in der Schweiz stehen, Gesetze und Vorschriften erlassen. Es ist also so, dass es Daten gibt, die weniger sensibel sind und gut irgendwo gelagert werden können. Aber auch hier gilt, dass wir unser Geld in der Schweiz verdienen, so sollen auch unsere Daten hierbleiben. Wenn zum Beispiel als Bedingung bei Ausschreibungen bei einer Cloud-Lösung verlangt wird, dass Daten auf Schweizer Servern abgespeichert werden, ist das auch kein Problem. Und wenn jemand das nicht anbieten kann, dann wird er auch kein Angebot machen, um diese Arbeit auszuführen. Aus diesem Grund empfehle ich dem Grossen Rat diesen Punkt zur Annahme.

Punkt 4: Bei den Datenübermittlungen via E-Mail hat die Verwaltung, Stand heute, sicher einen guten Standard, aber nur im Bereich der E-Mails. Heute werden Dokumente abfotografiert und via Messengerdienst verschickt. Genau das geht nicht, und deshalb braucht es den Punkt 4 der Motion. Bitte nehmen Sie diesen Punkt an, ohne abzuschreiben. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, und ich bin gespannt auf die Diskussion.

Präsident. Ich gebe als Mitmotionär Ueli Egger das Wort.

Ulrich Egger, Hünibach (SP). Merci, Herr Präsident. Thomas Gerber hat das Wesentliche gesagt. Aus meiner Sicht als Lehrer habe ich noch zwei, drei Ergänzungen dazu. Deshalb wurde ich denn auch Mitmotionär. Aus der Sicht der Schule gibt es Folgendes zu sagen: An meiner Schule, der Oberstufenschule (OS) Hünibach, entschieden wir uns aus Kostengründen für ein Google-Netzwerk mit sogenannten Chromebooks. Das ist etwas Wunderbares, jede Schülerin, jeder Schüler muss ein Google-Konto errichten, das ist mal der Eintrittspreis, aber dafür kann man für 250 Franken pro Schülerin ein solches Gerätchen kaufen, das selbst keinen Speicherplatz hat, aber mit dem man alle Google-Programme nutzen, Daten verwalten und Schülerarbeiten abspeichern kann. Was man so macht in der Schule. Auch Programme von Französisch und Englisch, alles läuft dort drauf. Und dies eigentlich nur für einen kleinen Beitrag. Lokalen Speicher haben aber diese Chromebooks nicht, oder nur ganz kleine. Programmdateien und alles bezieht man aus einer sogenannten Cloud. Und diese Cloud ist nicht in der Schweiz und nicht in Hünibach und nicht in der Nähe, sondern irgendwo –niemand kann einem sagen wo. Die Schulleitung hat darum den Befehl erlassen, man solle die Schüler nicht Lebensläufe oder Bewerbungsschreiben auf dem Google-Konto speichern lassen, sondern man müsse eine andere Lösung finden. Das ist genau das, was mir nicht so geheuer ist, dass wir irgendwo in einer Wolke Daten haben, dass wir Kinder dazu zwingen, ein Konto zu machen, und danach nicht wissen, was mit diesen Daten gemacht wird, auch wenn Google natürlich verspricht, dass sie es nicht machen. Ich hätte jetzt auch sonst eine Firma nehmen können. Es ist klar, all diese Clouds funktionieren gleich. Missbrauch kann man nicht ausschliessen, und der wirkliche Preis, den wir zahlen, ist eben diese Ungewissheit. Schon nur aus diesen Gründen ist das Anliegen von uns Motionären mehr als nur berechtigt, und ich bin froh, wenn Sie uns unterstützen und diese Motion annehmen und nicht abschreiben, in allen Punkten.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Als erster für die FDP, Daniel Arn.

Daniel Arn, Muri b. Bern (FDP). Die sichere Kommunikation und der sichere Datenaustausch, darauf müssen wir ganz grosse Aufmerksamkeit richten. Aber wir müssen uns auch immer bewusst sein: Was heute sicher ist, kann morgen schon nicht mehr so sicher sein. Und aus genau diesem Grund nehmen wir den ersten Punkt der Motion an und schreiben ihn gleichzeitig ab. Denn wir der Meinung sind, der Kanton mache es richtig, indem immer durchgecheckt wird, jede neue Applikation einem Check unterzogen wird, eben mittels der Vorschriften bezüglich der Informationssicherheit und des Datenschutzes (ISDS).

Den Punkt 2 unterstützen wir, wie die Regierung, sodass das Anliegen nur als Postulat anzunehmen ist, denn als Motion würden wir es ablehnen. Und zwar, weil wir als sinnvoll erachten, dass der Kanton eine Lead-Funktion übernimmt, wenn es für die Volksschulen, also für die Sekundarschulen ... Leider können sie für die Volksschulen ja nur Empfehlungen abgeben. Daher für uns ein Postulat. Wir sagen auch, dass wenn in dieser Thematik der sicheren Kommunikations-Software und Applikationen jede Schule selbst vorgehen soll, dies unheimliche Ressourcen braucht, und wir sind dann nicht sicher, ob es an allen Orten wirklich gleich kompetent gemacht wird.

Zu Punkt 3: Ich bin auch der Meinung, dass wir Schweizer – auch Unternehmer – geniale Arbeit leisten und grundsätzlich grundehrlich sind. Dass man aber daraus schliessen kann, dass jeder Schweizer Server der beste ist – damit wäre ich sehr vorsichtig. Weil grundsätzlich – wie wir schon gehört haben – kann man von überall auf jeden Server zugreifen. Und es geht darum, dass man dort den neuesten Qualitätsstandard hat, den besten technischen Standard; vor allem ist die Qualität wichtiger als der Schutz irgendeiner Landesgrenze.

Punkt 4: Betreffend der sicheren elektronischen Kommunikation mit Dritten sind wir mit der Regierung einig, dass die nötigen Massnahmen ergriffen worden sind, und erachten den Punkt als angenommen.

Sandra Schneider, Biel/Bienne (SVP). Datenschutz, Datensicherheit und sichere Kommunikationswege sind auch für unsere Fraktion wichtige Anliegen. Deshalb wurde der Vorstoss auch von einzelnen von uns mitunterzeichnet. Wieso diese Anliegen wichtig sind und auch immer eine laufende Aufgabe bleiben werden, ist bereits ausgeführt worden. Daher mache ich es ganz kurz. Wir stimmen bei den Ziffern 1, 2 und 4 wie vom Regierungsrat empfohlen. Bei Ziffer 3 hingegen unterstützen wir den Motionär und sind gegen die Ablehnung. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident. Für die Fraktion der Grünen, Christa Ammann.

Christa Ammann, Bern (AL). Auch ich kann es ziemlich kurz machen, da man sich im Grundsatz einig ist – zumindest unter jenen, die bis jetzt gesprochen haben – und Wiederholungen dementsprechend nicht notwendig sind. Die Fraktion der Grünen unterstützt den ersten Punkt, also die Annahme als Postulat bei gleichzeitige Abschreibung, so wie es auch der Motionär empfohlen hat, beziehungsweise als Vorschlag akzeptiert hat.

Beim Punkt 2 sind wir aber der Meinung, dass es schon noch eine weitere Sensibilisierung braucht, wenn es um Daten, Personendaten geht von Schülern und Schülerinnen in den Schulen, und dass es auch wichtig ist, dass dort der Regierungsrat mit den Einschränkungen der Kompetenzen, die er hat, gleichzeitig eine Führungsrolle übernimmt und dort wirklich auch sensibilisiert, damit die Daten von Schülern und Schülerinnen nicht unnötig gefährdet werden. Dementsprechend begrüssen einige die Aufrechterhaltung dieses Punkts als Motion. Wird gewandelt, werden wir diesen alle unterstützen.

Zum Punkt 3 hatten wir auch ziemlich lebhaft Diskussionen, eben wegen der Frage: «Ist ein Server, der in der Schweiz ist, per se sicherer als andere?». Da schieden sich die Geister. Einerseits ist der Vorteil bei den Servern, die in der Schweiz sind, dass man halt auf die Rahmenbedingungen Einfluss nehmen kann, dahingehend, welches die Datenschutzvorgaben sind, und im Ausland nicht. Und gleichzeitig ist das nicht der einzige Punkt bezüglich Sicherheit. Dementsprechend wird der Punkt als Motion grossmehrheitlich unterstützt, bei einer Wandlung wird vollumfänglich unterstützt.

Beim letzten Punkt sieht die Fraktion noch Handlungsbedarf. Es gibt eben durchaus andere Bereiche, es gäbe bei den Mails gewisse Verbesserungsmöglichkeiten. Dementsprechend unterstützt die Fraktion die Aufrechterhaltung als Motion und bestreitet auch die Abschreibung, die der Regierungsrat empfiehlt.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Wie das meine Vorrednerin schon gesagt hat, ist schon sehr viel ausgeführt worden, und ich komme deshalb auch gleich zu den einzelnen Punkten und wie wir dort abstimmen werden. Den Punkt 1 werden wir annehmen und, wie es der Regierungsrat vorschlägt, auch abschreiben. Wir haben Vertrauen in die ICT des Kantons Bern, dass sie das gleiche Ziel verfolgt wie die Motionäre. Auch sie will jetzt schon sichere Software und Apps brauchen.

Auch beim Punkt 2 unterstützen wir den Vorschlag des Regierungsrates. Bei den Schulen liegt nicht die eigentliche Sicherheit im Argen. Daten bei Google abzulegen, wie das die Schulen eben hin und wieder tun, wie wir es schon von Ueli Egger gehört haben, ist an sich sicher. Die Daten gehen nicht verloren. Das Problem ist aber die Datenautonomie. Niemand kann kontrollieren, wo die Daten sind und was damit gemacht wird. Mit der Annahme dieses Punkts wollen wir dem Regierungsrat ans Herz legen, dass er im Bereich der Kontrolle der Daten Schritte unternimmt und dafür sorgt, dass Daten nicht einfach bei Google abgelegt werden, weil es dort gratis oder fast gratis ist, sondern dass bessere Lösungen gesucht werden. Dies zum Beispiel, indem der Kanton gerade kleinen Schulgemeinden eine sichere Serverplattform in der Schweiz ermöglicht. Es gibt hier gute, sinnvolle und günstige Angebote.

Den Punkt 3 finden wir wichtig, und wir werden ihn im Gegensatz zum Regierungsrat nicht ablehnen. Allerdings hat der Regierungsrat Recht, wenn er sagt, dass der physische Standort eines Servers keine Garantie ist, damit die darauf bearbeiteten Daten sicher sind. Es geht in diesem Punkt darum, wie ich das bereits vorher erwähnt habe, dass der Kanton Bern Kontrolle über seine Daten hat. Und da gibt es eindeutig Verbesserungspotenzial, und deshalb werden wir diesen Punkt annehmen.

Den Punkt 4 werden wir annehmen und abschreiben. Man muss immer wieder abwägen, welche Daten wie geschützt werden müssen. In gewissen Situationen braucht es tatsächlich einen zweistufigen Passwortschutz, in anderen wiederum würde das die schnelle Kommunikation behindern. Es braucht also einen differenzierten Schutz, der auch einerseits verhindert, dass Daten in falsche Hände geraten und andererseits eine reibungslose Kommunikation nicht verhindert.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Lassen Sie mich vielleicht ganz kurz ausholen, wie die Gesetzeslage aussieht. Wir haben eine sogenannte EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO), das ist europäisches Recht, und dieses geht recht weit. Dieses sagt im Wesentlichen, dass diejenigen Institutionen, welche Daten halten, mit diesen Daten sorgfältig umgehen und sicherstellen müssen, dass diese Daten nicht an Dritte gehen. In der Schweiz haben wir mit dem Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG), Variante 1, das europäische Projekt, das den Datenschutz betrifft, nach-

vollzogen. Das war nötig, um überhaupt «schengencompliant» zu bleiben. Mittlerweile wollen wir nächstes Jahr – das Zeug ist schon im Parlament – das DSG wirklich gänzlich anpassen und nichts anderes als den vernünftigen Grundsatz festhalten, dass man eben bezüglich der Daten, die Personen betreffen, den Datenschutz gewährleistet, sprich einfach sicherstellt, dass sie nicht irgendwie in die falschen Hände geraten. Deshalb möchte ich ganz klar sagen: Eigentlich ist die Gesetzgebung klar. Also: Das, was der Motionär befürchtet und was aus meiner Sicht ein sehr berechtigtes Anliegen ist – und ich bin auch sehr froh, dass er es hier in den Rat bringt –, das müssen wir von Gesetzes wegen gewährleisten. Und in diesem Sinne sind wir der Meinung, dass wir die Haltung der Regierung bei allen vier Punkten teilen. Die Regierung geht ja auch auf die Punkte ein. Entsprechend würden wir auch den Punkt 1 annehmen und abschreiben.

Bei Punkt 2 sind wir auch klar dafür, dass man diesen nicht als Motion, sondern als Postulat überweist. Warum? – Die Beispiele, die wir vorhin betreffend die Schule gehört haben, sind ganz klar. Es kann ja nicht sein, dass die Daten von Schülerinnen und Schülern auf Google-Servern liegen. Aber nichtsdestotrotz ist die Kommunikation mehr als nur Google-Server. Ich weiss also aus persönlicher Erfahrung, dass beispielsweise eine Schulklasse eine Webseite haben kann. Und auf dieser Webseite können völlig unverfängliche Informationen drauf sein, die nicht auf Schüleridentitäten zurückschliessen lassen. Und wenn wir dies jetzt als Motion überweisen, dann frage ich mich, ob eine Schulklasse dann noch eine solche Webseite haben kann. Denn eine Webseite ist ja letztlich auch Kommunikation. Daher bitte ich wirklich im Sinn der Regierung, dies als Postulat zu überweisen. Das Grundanliegen ist 100 Prozent verständlich, aber ich bin nicht sicher, oder wir sind nicht sicher, ob die Motion nachher quasi über das Ziel hinausschiessen würde.

Punkt 3: Daten auf Servern in der Schweiz. Ich habe es vorhin ausgeführt. Wir haben die EU-DSGVO im EU-Raum, die weiter geht als das DSG der Schweiz. Daher gibt es eigentlich technisch keinen Grund, aus Datenschutzgründen, quasi fix hart zu fordern, dass die Datenserver in der Schweiz liegen müssen. Für uns ist das eine ganz klare Innovationsbremse und ein Kostenfaktor. Denn zurzeit ist es so: Wenn ich als Verwaltung oder als Unternehmen Software kaufe, dann haben ganz viele Softwareanbieter Cloudlösungen. Die Cloudlösung sind nicht nur Daten, die auf der Cloud sind, sondern das betrifft auch die Software an sich, also sprich Berechnungsalgorithmen. Und in dem Moment, wo man nachher fix fordert, «Lieber Softwareanbieter, obwohl ich eigentlich aus Datenschutzgründen gar keine Bedenken habe, musst du gewährleisten, dass dein Server in der Schweiz ist», dann ist natürlich der Kreis an Anbietern deutlich, deutlich geringer. Microsoft kann das beispielsweise zur heutigen Zeit noch nicht bieten. Und entsprechend bitte ich, auch diesen Teil abzulehnen. Wie gesagt, wir reden hier nicht von «Wo sind physische Daten gespeichert?». Die Regierung sagt es: Man kann auch Schweizer Server hacken. Es geht hier darum: «Sind wir in einem Rechtssystem, das den Datenschutz gewährleistet? Ja oder Nein?». Und das ist unabhängig von diesem Punkt 3, und deshalb bitte ablehnen. Wenn Sie diesen annehmen, ist es nichts anderes als ein Kostentreiber. Den Punkt 4 kann man annehmen und abschreiben, so wie die Regierung.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA, Ursula Zybach.

Ursula Zybach, Spiez (SP). Daten sind eigentlich der Wertstoff des 21. Jahrhunderts. Wir haben das jetzt in zwei, drei Voten von heute schon gehört. Sie sind unglaublich wertvoll, und wir gehen sehr leichtfertig damit um. Mit unseren eigenen Daten, die wir rechts und links liegen lassen, aber eben auch vor allem mit Daten, die zum Beispiel Schülerinnen und Schülern gehören oder die in der Kantonsverwaltung oder in einem Spital sind. Ich finde wirklich, dass wir dies nicht naiv anpacken dürfen, sondern wir müssen dort alle Schutzmassnahmen und Schutzüberlegungen treffen, die wir irgendwie können. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird dieser Motion in allen Punkten zustimmen und wird auch keine Abschreibung machen.

Ich möchte noch auf die Antwort der Regierung eingehen. Diese wirft für mich einige Fragen auf. Zum Beispiel, wenn man auf Seite 2 liest, zu einer Motion, in der es darum geht, wie man mit Daten umgeht, heisst es: «Die sicherste Kommunikation ist das Gespräch von Angesicht zu Angesicht.» Das ist sicher so. Aber hier geht es um Daten, und genau diese können wir ja nicht von Angesicht zu Angesicht übermitteln; wir können einander nicht Lebensläufe erzählen oder Daten, die wir aus medizinischen Auswertungen haben, oder was auch immer. Da scheint es mir, man hat die Ebenen nicht verstanden. Und ziemlich den Hammer finde ich diesen Satz hier: «Wichtig ist, dass dies bewusst erfolgt.» Hey, super! Man speichert irgendwo etwas ab und sagt: «Das ist bewusst, dass ich das hier hin tue, und ich habe keine Ahnung, was damit geschieht.» Was nützt es mir, wenn ich mir

bewusst bin, wo ich das mache? – Der Punkt, auf den ich gerne noch eingehen möchte, betrifft das, was wir von vorhin bereits von Ueli Egger gehört haben: Dass in den Schulen sichere Kommunikationssoftware und -applikationen verwendet werden, scheint mir etwas total Wichtiges, nämlich hier dem Kanton und auch den Gemeinden wirklich die Aufgabe zu geben, das seriös anzuschauen, damit solche Sachen künftig nicht mehr passieren, weil man mit Programmen arbeitet, die einem sehr günstig zur Verfügung gestellt werden, man dafür aber wirklich den Wert der Daten weitergibt. Es heisst an verschiedenen Stellen, dies sei ein Dauerauftrag, darum könne man es abschreiben. Nein, dieser Meinung ist die SP-JUSO-PSA-Fraktion nicht. Ja, es ist ein Dauerauftrag, und dieser ändert sich andauernd wieder. Denn die technischen Möglichkeiten werden immer wieder anders. Das heisst, man kann es nicht immer gleich lösen, und deshalb braucht es wirklich eine Motion, bei der man bei allen vier Punkten hinschaut.

Vania Kohli, Bern (BDP). Es liegen alle Argumente auf dem Tisch, ich wiederhole sie nicht. Ich wiederhole auch nicht, was Luca Alberucci gesagt hat. Wir werden uns genau an den Regierungsantrag halten und bitten Sie, dasselbe zu tun.

Präsident. Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr auf der Liste. Dann gebe ich das Wort der Regierungsrätin Beatrice Simon.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Die Sicherheit von unseren Informationen gehört wahrscheinlich wie der Klimawandel zu den zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Darum begrüsse ich es zusammen mit dem Regierungsrat sehr, dass der Grosse Rat sich – sozusagen parteiübergreifend – dem Thema der Informationssicherheit annimmt. Sie werden sich in den nächsten Jahren immer häufiger auch über Gesetzgebungsarbeiten und Kreditanträge in diesem Zusammenhang befassen müssen. Und ich muss zugeben, ich habe ein wenig Mühe mit der Forderung, dass der Kanton Bern nur, und ich zitiere jetzt, «die sicherste Software verwenden soll». Weil seien wir ehrlich: Der sicherste Computer ist der, den wir gar nie einschalten. Sobald wir uns nämlich in einem Netzwerk anmelden oder im Internet herumsurfen, sobald wir beginnen, uns miteinander auszutauschen, sind wir grundsätzlich verletzlich und auch angreifbar. Deshalb ist aus meiner Sicht ein gutes Risikomanagement ganz zentral. Das heisst, wir müssen immer wieder neu überprüfen, welche Risiken mit unserer elektronischen Kommunikation verbunden sind und nachher aufgrund der aktuellen Entwicklung Massnahmen festlegen, damit wir diese Risiken auf ein erträgliches Mass reduzieren und ihnen entgegenwirken können. Einen gänzlichen Ausschluss von Risiken, das wäre nur mit dem Einsatz von praktisch unbegrenzten Mitteln möglich, und diese haben wir ja bekanntlich nicht. Es ist also Aufgabe des Regierungsrates und der Verwaltung, eine gute Balance zu finden. Und das ist, wie ich vorhin schon gesagt habe, ein Dauerauftrag. Das ist nie fertig. Wir betrachten dies nicht als einmal, sondern stellen uns diese Frage immer wieder. Deshalb bin ich auch überzeugt, dass wir in der Kantonsverwaltung auf einem guten Stand sind, was Sicherheit und Kommunikation betrifft, vor allem, was die ICT-Grundversorgung betrifft. Und diese wird ja von der ganzen Verwaltung genutzt. Deshalb beantragen wir Ihnen, den ersten und den vierten Punkt der Motion anzunehmen, aber auch als umgesetzt abzuschreiben.

Was die Schulen angeht, können wir vor allem den Volksschulen keine direkten Vorgaben machen. Wir sind aber auf interkantonaler Ebene dran, für die Schulen nach Lösungen zu suchen, um ihnen zum Beispiel Alternativen zu Apps wie WhatsApp empfehlen zu können. Daher schlagen wir Ihnen vor, den zweiten Punkt der Motion als Postulat anzunehmen, weil wir dort tatsächlich noch bessere Lösungen finden müssen.

Ich komme zum Schluss noch zum dritten Punkt, also zur Frage der Server im Ausland. Leider – und das muss man einfach so zur Kenntnis nehmen – hat der Standort eines Servers eher weniger damit zu tun, ob er dann sicher oder eben nicht sicher ist. Wann immer möglich, bringt die Kantonsverwaltung ihre eigenen Server im Rechenzentrum der Bedag Informatik AG unter. Diese Zentralisierung ist ja übrigens auch Bestandteil des Programms IT@BE. Aber, das muss man halt auch festhalten, es ist nicht in jedem Fall möglich. Deshalb ist mir halt auch ein professionell geschütztes Rechenzentrum, zum Beispiel auch in Deutschland, lieber, das notabene noch strengeren Datenschutzvorgaben unterliegt, als wenn wir irgendeinen amateurhaft betriebenen Server haben, der in der Schweiz irgendwo unter einem Pult steht. Ja, es ist leider auch immer möglich, dass natürlich ausländische Behörden auf unsere Daten zugreifen wollen, sei es aus lauterer oder unlauteren Gründen. Aber auch dafür ist der physische Serverstandort viel weniger wichtig als der Unternehmenssitz oder die Eigentumsverhältnisse des beteiligten Unternehmens. Und schliesslich ist es ja auch noch

ein Trend zu verkünden, ein Trend, den Sie alle auch kennen: Ich spreche von den sogenannten Cloud-Lösungen. Dabei wird die Software sozusagen über das Internet bezogen und gemietet und nicht mehr auf unserem eigenen Server installiert. Der Server steht dann irgendwo, ohne dass wir irgendetwas noch beeinflussen können, und dieser Entwicklung können wir uns nicht ganz verschliessen. Deshalb bieten wir Sie vonseiten des Regierungsrates, den dritten Punkt der Motion abzulehnen.

Präsident. Ich gebe das Wort noch einmal dem Motionär, Thomas Gerber.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne). Vielen Dank für die angeregte Diskussion. Ich bin froh, habe ich das Thema mal in den Grossen Rat hineingebracht, sodass wir auch darüber reden können. Ich habe zwei, drei Sachen ein wenig schmunzeln dürfen. Unter anderem hoffe ich doch, dass der Kanton Bern nicht amateurhaft gewartete Server irgendwo unter einem Pult benutzt. Denn auch der Kanton Bern hat zum Teil sehr heikle Daten, und so bin ich froh, dass ich eigentlich mit Sicherheit sagen kann, dass es nicht so ist. Ein weiteres Votum hat mich auch noch wieder an das Rednerpult gebracht, und zwar jenes gewesen, in dem einfach ein wenig sagt wurde: «Ja, es ist sicher, und die versprechen diese Sicherheit». Wir diskutieren hier immer wieder über die BKW. Dort wollen wir zum Beispiel nicht glauben können, dass die BKW nachher zwischen einzelnen Abteilungen nicht Daten hin und her schiebt. Das glauben wir einfach schlicht nicht, weil wir irgendwie das Gefühl haben, es sei nicht so. Aber weshalb glauben wir dann einem Konzern wie Google, dass er nicht Daten hin und her schieben? Ich kann Ihnen ein konkretes Beispiel geben. Facebook kaufte vor einer Weile WhatsApp gekauft, und eine Bedingung der Aufsichtscommission war, dass sie die Daten untereinander nicht austauschen dürfen. Es dauerte genau ein Jahr, bis auf Facebook Daten auftauchten, respektive Werbedaten, die nur erscheinen können, wenn ein Datenausgleich mit WhatsApp gemacht wurde. Es dauert einfach genau ein Jahr, bis so etwas passiert, und noch einmal: Bei der BKW glaubt man es nicht, bei Google und den Weltkonzernen glauben wir es; ich glaube bei beiden nicht, dass sie nicht untereinander Daten austauschen.

Zu den einzelnen Punkten: Wie gesagt ist beim Punkt 1 Annahme und Abschreibung für mich in Ordnung. Den Punkt 2 wandle ich in ein Postulat. Den Punkt 3 erhalte ich als Motion aufrecht, und beim Punkt 4 bestreite ich die Abschreibung. Vielen Dank.

Präsident. Darf ich noch einmal schnell ... Thomas Gerber, damit ich es richtig habe: Punkt 1 Annahme und gleichzeitige Abschreibung, Punkt 2 ist gewandelt in ein Postulat, Punkt 3 wird als Motion aufrechterhalten und Punkt 4 wird auch als Motion aufrechterhalten und die Abschreibung wird bestritten? – (*Grossrat Gerber bestätigt dies. / M. le député Gerber répond par l'affirmative.*)

Gut. Danke. Dann kommen wir zur Abstimmung. Bei Ziffer 1 werden wir gerade gleichzeitig über Annahme und die Abschreibung abstimmen. Wer die Ziffer 1 annehmen und gleichzeitig abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.737; Ziff. 1; Annahme und gleichzeitige Abschreibung)
Vote (Affaire 2018.RRGR.737 ; ch. 1 ; adoption et classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 150

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben die Ziffer 1 der Motion einstimmig angenommen und gleichzeitig abgeschrieben, mit 150 Ja-Stimmen.

Die Ziffer 2 wurde in ein Postulat gewandelt. Wer die Ziffer 2 als Postulat annimmt, stimmt Ja, wer das nicht möchte, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.737; Ziff. 2; als Postulat)
Vote (Affaire 2018.RRGR.737 ; ch. 2 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	151
Nein / Non	1
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben die Ziffer 2 angenommen, mit 151 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 0 Enthaltungen.

Die Ziffer 3 wurde als Motion aufrechterhalten. Wer die Ziffer 3 als Motion annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.737; Ziff. 3)
Vote (Affaire 2018.RRGR.737 ; ch. 3)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	77
Nein / Non	75
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben die Ziffer 3 als Motion angenommen, mit 77 Ja- zu 75 Nein-Stimmen.

Bei der Ziffer 4 stimmen wir zuerst über Annahme oder Ablehnung ab. Wer die Ziffer 4 dieser Motion annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.737; Ziff. 4)
Vote (Affaire 2018.RRGR.737 ; ch. 4)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	151
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben die Ziffer 4 einstimmig angenommen, mit 151 Ja-Stimmen.

Wir kommen zur Abschreibung. Wer die Ziffer 4 abschreiben will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.737; Ziff. 4; Abschreibung)
Vote (Affaire 2018.RRGR.737 ; ch. 4 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	97
Nein / Non	55
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben die Ziffer 4 abgeschrieben, mit 97 Ja- gegen 55 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Damit sind wir am Ende der Geschäfte der FIN angelangt. Ich danke Beatrice Simon und ihren Mitarbeitenden herzlich. Einen schönen Nachmittag!
Und Sie dürfen jetzt zurückblättern zum Traktandum 42. Wir warten auf den Baudirektor.